

Schwäbische Zeitung

Preis: Mo. bis Fr. Euro 1,10
samstags Euro 1,30

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Freitag, 28. Januar 2005
Nr. 22 / B 6205

Kreis Ravensburg

Hilfe für psychisch kranke Menschen

ISNY (sz) - Das Stephanuswerk in Isny fördert Menschen, die sich nach psychischen Erkrankungen beruflich neu orientieren möchten. Es ist die einzige Einrichtung im südlichen Baden-Württemberg, die ein derartiges Angebot zur beruflichen Rehabilitation für Erwachsene im Programm hat. Rund 40 Prozent der Kursteilnehmer sind nach Abschluss der Maßnahme so weit, dass sie eine Berufsausbildung aufnehmen oder einer geregelten Arbeit nachgehen können. ISNY

Kreissparkasse lädt Zunftmeister ein

RAVENSBURG (sz) - Zum „ökumenischen Zunftmeisterempfang“ hat die Kreissparkasse am Mittwochabend alle Kreis-Zünfte, egal aus welchem Verband, ins Wangener Rathaus eingeladen. Neben Bütenreden und musikalischen Einlagen – an denen sich auch Landrat Kurt Widmaier beteiligte – zeigten sich die Allgäuer als gute Gastgeber. Begleitet von den Wangener Schalmeyen und der Lumpenkapelle Thalendorf feierten die 119 Zünftler einen gelungenen Abend. KREISRUNDSCHAU

Schultes lässt Kunst entfernen

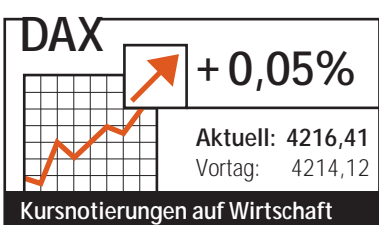
BAD WURZACH (sz) - Der Künstler Thomas Weidner aus Arnach stellt zurzeit im Würzacher Amtshaus aus. Nicht zu sehen ist ein Werk, das Bürgermeister Roland Bürkle aus der Ausstellung nehmen ließ. „Es hätte passieren können, dass wir mit diesem Objekt jemanden verletzt“, sagt der Bürgermeister. KREISRUNDSCHAU

Allgäuer Zwerge entdecken Kölle

LEUTKIRCH (sz) - Letztes Jahr kamen sie als „Allgäuer Kuh“, BSE-frei, diesmal als Allgäuer Zwerge: vier Schwestern aus Leutkirch haben den Karneval in „Kölle“ entdeckt und sind begeistert. Prinz Walter II. lernten sie kennen und die Kultgruppen Bläck Fööss, Höhner und Räuber, die das Zelt zum Kochen brachten. LEUTKIRCH

www.SZOn.de/lokales
Lokalnachrichten

Börse



Rufen Sie uns an...

Chefredaktion 075 61/80-102
Gewerbliche Anzeigen 075 61/80-850
Private Anzeigen 0180-200 800 5*
Abo-Service 0180-200 800 1*
Ticket-Service 0180-200 800 7*
*0,06 Euro pro Anruf



Auf einen Blick

Federer verliert gegen Safin

MELBOURNE (dpa) - Titelverteidiger Roger Federer ist im Halbfinale der Australian Open ausgeschieden. Der Schweizer Tennis-Profi unterlag gestern seinem letztjährigen Endspielgegner Marat Safin 5:7, 6:4, 5:7, 7:6 (8:6), 7:9. Der Russe trifft im Finale entweder auf Lokalmatador Lleyton Hewitt oder Andy Roddick aus den USA. SPORT

Roger Federer hat in Melbourne aus-
gespielt. Foto: dpa

Bodensee-Katamaran startet im Sommer

FRIEDRICHSHAFEN - Ab 1. Juli verkehren zwischen Friedrichshafen und Konstanz zwei Katamarane: Mit einer Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometern sind sie eine Alternative für Touristen und Pendler. Aber der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern der Schnellbootverbindung sorgt immer noch für Wellen. WIR IM SÜDEN

Heute in der SZ

Meinung & Dialog: Interview zum Wiederaufbau in Asien

Wirtschaft: Wechsel an der Spitze von Siemens

Kultur: Gesamtausgabe von Carl Barks kommt

Aus aller Welt: Deutsche neigen zum Rasen

Anzeige

Täglich über 10.000 Immobilienangebote auf

Immosued
www.immosued.de

www.SZOn.de Schwäbische Zeitung

Wir im Süden.
Aalener Nachrichten - Inf- und Jagst-Zeitung - Granzbote
Heuberger Bote - Trossinger Zeitung - Lindauer Zeitung

Spielmanipulationen

Das Geständnis des Kollegen schockt die Schiedsrichter

FRANKFURT/MAIN (dpa) - Der Deutsche Fußball-Bund muss sich auf einen Skandal größeren Ausmaßes einstellen. Schiedsrichter Robert Hoyzer hat gestern gestanden, bewusst Fehlentscheidungen getroffen zu haben.

Seit einer Woche wird der 25 Jahre alte Berliner verdächtigt, nach anfänglichen Dementis kam gestern die

Wende. In einem überraschenden Geständnis gab er die gegen ihn erhobenen Betrugsvorwürfe zu und kündigte unter Tränen zugleich weitere Enthüllungen an. Hoyzer will sich nun als Kronzeuge zur Verfügung stellen. „Die Sache hat ein sehr, sehr immenses Ausmaß für den deutschen Fußball“, sagte er. Für die Manipulation von Spielen will er einen fünfstelligen Betrag bekommen haben.

Der Kontrollausschuss des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) reagierte auf die Nachricht mit der Vorladung von weiteren 14 Zeugen aus dem Kreis der Schiedsrichter und Assistenten, die vornehmlich in der 2. Bundesliga und der Regionalliga Nord zum Einsatz gekommen waren. Allerdings sieht der Verband noch immer einen Einzelfall.

Kollegen Hoyzers reagierten geschockt. Volker Roth, der Vorsitzende

des DFB-Schiedsrichterausschusses, sagte: Wir sind alle sehr betroffen. Mich bringt sonst nichts aus der Fassung, aber dieser Vorgang geht mir unglaublich nahe. Diese Meldung hätten wir am liebsten nicht gehabt.“ Markus Merk, der derzeit beste Deutsche seiner Zunft, erklärte: „Ich bin seit 30 Jahren Schiedsrichter, aber solche schweren Tage habe ich noch nicht erlebt.“ MEINUNG & DIALOG/SPORT

Gedenkfeier

Auschwitz „war die Hölle auf Erden“

AUSCHWITZ (dpa) - 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz haben Überlebende und Staatsobere hier gestern in einer bewegenden Feier der bis zu 1,5 Millionen Opfer des größten deutschen Vernichtungslagers gedacht. Bundespräsident Horst Köhler hat dazu aufgerufen, die Erinnerung an die Verbrechen wach zu halten.

Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski sagte auf dem Gelände des Lagers Birkenau: „Wir müssen sprechen, erinnern, herausschreien: Hier war die Hölle auf Erden.“ Politiker, Vertreter der Opfer und kirchliche Würdenträger mahnten in Polen – wie bei Gedenkfeiern in vielen anderen Ländern – Verbrechen wie in Auschwitz dürften sich nie wiederholen.

Auschwitz-Birkenau sei der „schrecklichste Ort eines Verbrechens in der Menschheitsgeschichte“, betonte der israelische Staatspräsident Mosche Katzav. Er warf der Welt ihr Schweigen angesichts der Judenvernichtung vor. Sie hätte frühzeitig davon gewusst. Er warnte vor einem erneuten Wiederaufleben von Antisemitismus und Rassenhass. Bundespräsident Köhler warnte ebenfalls vor einem neuen Antisemitismus, den es nicht nur in Deutschland gebe. „Verstöße gegen Menschenrechte gibt es überall auf der Welt. Wer Auschwitz gesehen hat, muss wissen, dass man dagegen aktiv angehen muss.“

Unsägliches Leid der Opfer

Ehemalige KZ-Häftlinge wie Simone Veil, die Ex-Präsidentin des Europaparlaments, und der einstige polnische Außenminister Wladyslaw Barto-



Horst Köhler wurde bei seinem Rundgang in Auschwitz auch von Überlebenden begleitet. Der Bundespräsident forderte zur Wachsamkeit gegenüber antisemitischen Tendenzen auf. Foto: dpa

szewski erinnerten an das unsägliches Leid der Opfer, das Mahnung für künftige Generationen sein müsse. Veil erinnerte an die Opfer des Holocaust, besonders an die jüdischen Kinder unter den 1,1 bis 1,5 Millionen in Auschwitz ermordeten Menschen. Bartoszewski, als Schutzhäftling Nummer 4427 in Auschwitz, sagte, die letzten noch lebenden Häftlinge des Lagers hätten ein Recht zu glauben, dass ihr Leiden nicht

umsonst war und den Weg für eine bessere Zukunft aller Völker in Europa vorbereitet habe.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und der Holocaust-Überlebende Arno Lustiger prangerten bei einer Gedenkstunde im Bundestag den Auftritt der NPD im sächsischen Landtag an.

Die Jüdische Gemeinde Thessaloniki hatte Außenminister Joschka Fischer zu einer Gedenkfeier eingeladen. Seine

Maschine musste nach dem Start auf dem Flughafen Berlin-Tegel wegen technischer Defekte notlanden. Am Abend flog Fischer mit einer Chartermaschine ab. SEITE 5

Mehr dazu im Online-Teil der „Schwäbischen Zeitung“ unter: www.SZOn.de/Auschwitz

Hartz IV

Arbeitslosenzahl steigt auf rund fünf Millionen

NÜRNBERG (dpa) - Die Arbeitslosigkeit ist nach Einschätzung von Experten im Januar als Folge der Hartz-IV-Reform auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Die EU stellt sich trotzdem hinter die Bundesregierung: Die Gesetze seien ein Schritt in die richtige Richtung.

Uneinig waren sich die Fachleute in einer dpa-Umfrage lediglich in der Frage, ob die psychologisch wichtige Fünf-Millionen-Marke knapp erreicht oder sogar überschritten wurde. Insgesamt erwarten die Fachleute im Vergleich zum Vormonat einen Anstieg der Erwerbslosenzahl zwischen 500 000 und 530 000. Rund die Hälfte davon seien erstmals erfasste Sozialhilfeempfänger. Die EU rechnet damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im laufenden Jahr um 0,8 Prozent wachsen wird.

Anschläge im Irak

Vor der Wahl gilt Fahrverbot

BAGDAD/KIRKUK (dpa) - Drei Tage vor den Wahlen sind bei Angriffen militanter Gruppen gestern mindestens zwölf Iraker und zwei US-Soldaten ums Leben gekommen. Ab Samstag gilt ein Fahrverbot, um den Handlungsspielraum der Extremisten einzuschränken.

In der Nähe eines Wahllokals in der nordirakischen Stadt Samarra explodierte ein mit Sprengstoff beladenes Auto. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben, wie der Nachrichtensender Al-Arabia berichtete. Bei Angriffen auf Straßensperren der irakischen Sicherheitskräfte in Mahmudija und Musajib südlich von Bagdad starben insgesamt vier Polizisten. Zwölf weitere Menschen wurden verletzt.

In Bagdad riss ein Selbstmordattentäter einen Polizeioffizier mit in den Tod. Neun Menschen, darunter drei

Polizisten, wurden nach Angaben von Krankenhausärzten verletzt. Zu dem Anschlag in Bakuba tauchte auf einer Islamisten-Internetseite ein Bekennerschreiben der Terroristengruppe um den Jordanier Abu Mussab al-Sarkawi auf. In der Nacht zum Donnerstag sind zwei weitere US-Soldaten getötet worden. Im nordirakischen Kirkuk griffen Aufständische drei Schulen an, die als Wahllokale dienen sollen. Es entstand nur Sachschaden.

Der irakische Außenminister Hossain Sibrari dämpfte unterdessen Erwartungen auf eine hohe Beteiligung bei den Wahlen am Sonntag. „Selbst wenn nur sechs Millionen Wähler teilnehmen würden, wäre die Wahl immer noch rechts“, sagte der kurdische Politiker im irakischen Fernsehsender Al-Irakia. Sechs Millionen Wähler kämen einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent gleich.

Studiengebühren

Bulmahn: Bafög dient nicht zum Ausgleich

BERLIN (dpa) - Bund und Länder streiten nach dem Studiengebühren-Urteil über einen Ausgleich für bedürftige Studenten. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und die Grünen-Fraktionschefin Krista Sager lehnten gestern Unionsforderungen nach einer Bafög-Erhöhung ab.

Baden-Württemberg und Bayern kündigten eine langsamere Gangart beim Gebühren-Start an. Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel sagte, wenn man bereits in diesem Herbst beginne, werde es zunächst um einen „für alle vertretbaren Betrag“ gehen. In Baden-Württemberg sollen die Gebühren wahrscheinlich nicht vor 2007 kommen, sagte sein baden-württembergischer Amtskollege Peter Frankenberg (CDU). Die SPD-geführten Länder setzen weiter auf ein gebührenfreies Erststudium. SEITE 4

Leitartikel

Russland will gute Beziehungen zu den USA – aber nicht um jeden Preis. Fraglich ist, ob George W. Bush darauf eingeht.

Putin wartet auf positive Signale

Von unserem Korrespondenten
Alexei Makartsev

Es gab mal eine viel versprechende Partnerschaft. Sie scheiterte daran, dass der schwächere, sehr reizbare Partner chronisch streitsüchtig wurde und der stärkere misstrauisch, egoistisch und intolerant. So könnte ein Nachruf auf die russisch-amerikanische Zusammenarbeit aussehen, die am Scheideweg steht. Bald muss sich zeigen, ob US-Präsident George Bush seine Vorbehalte gegen undemokratische Tendenzen in Moskau zurücknehmen will, um Russland als Juniorpartner in den weltweiten Anti-Terror-Kampf einzubinden. Und ob Kremlchef Wladimir Putin die geopolitische Bedeutung seines Landes für die USA durch neue Angebote aufwerten kann.

Washington hat Moskau zuletzt mehrfach gereizt. So prangerte Bush bei einem Treffen mit Putin in Chile dessen übermäßige Zentralisierung der Macht an. Das US-Außenministerium drohte Russland mit Sanktionen, sollte es Raketen an Syrien verkaufen. Verteidigungsminister Sergej Iwanow bekam in Washington gerade mal 15 Minuten Zeit für ein Gespräch mit Bush, was diplomatisch ziemlich unhöflich war. Die neue Außenministerin Condoleezza Rice reizte Russland mit der Bemerkung, dass die US-Regierung sich künftig noch mehr um die Demokratie in Moskau kümmern würde.

Die russische Führung kann damit nicht zufrieden sein. Viel in der Hand hat sie nicht. Russland wurde in den vergangenen Jahren immer unwichtiger für die einzige Supermacht. Moskau trug als Vermittler wenig bei, um die Konflikte im Nahen Osten und in Nordkorea zu lösen. Es verweigerte die Unterstützung für die USA im Irak. Die angekündigte Zusammenarbeit der Atomkräfte bei der Raketenabwehr existiert nur auf dem Papier. Alle US-Warnungen über die Zerschlagung des wichtigsten Ölexporteurs Yukos wurden in Moskau in den Wind geschlagen.

Dabei will Russland die USA als Freund und möglichst als gleichberechtigten Partner auf seiner Seite haben. Ihrerseits können die USA es sich nicht leisten, das militärisch immer noch starke Land mit seinen strategisch wichtigen Ressourcen seinem Schicksal zu überlassen. Deshalb müssen beide Staaten neue Impulse für ihre Zusammenarbeit suchen. Spektakuläre Durchbrüche sind jedoch nicht zu erwarten.

Schreiben Sie Ihre Meinung:
kommentare@schwaebische-zeitung.de
Leitartikel der vergangenen Tage
unter www.SZOn.de/Leitartikel